



Brief aus Berlin

Neues aus der Bundespolitik von Ihrer Abgeordneten Dr. Anja Weisgerber

Liebe Leserinnen und Leser,

die Botschaft der Bürgerinnen und Bürger ist bei uns angekommen. Wir müssen jetzt als Koalition in Berlin schnell liefern. Es stehen in den nächsten Wochen und Monaten große Projekte an, die den Menschen ganz konkrete Verbesserungen in ihrem Lebensalltag bringen werden. In dieser Woche haben wir im Deutschen Bundestag das Familienentlastungsgesetz sowie das Rentenpaket auf den Weg gebracht, das vor allem eine Aufstockung bei der Mütterrente enthält, für die ich mich seit Jahre sehr eingesetzt habe.

In Rekordzeit wurde in Bayern der Koalitionsvertrag zwischen CSU und Freien Wählern ausgehandelt. Mit dem Vertrag stelle man sich dem Auftrag des Wählers: Zum einen solle man für Stabilität, zum anderen für Erneuerung und Veränderung sorgen. Positiv ist, dass Bayern als Familienland gestärkt wird und sich noch intensiver um Umwelt und Klimaschutz kümmert.

Herzliche Grüße,

Ihre Anja Weisgerber

Dr. Anja Weisgerber MdB



Rentenpaket

Mütterrente wird auf Druck von CDU/CSU erhöht > S. 2



Städtebauförderung 2018

4,46 Mio. Euro fließen in den Wahlkreis > S. 5



Zum 20. Mal in der Region

Aktion „Weihnachten im Schuhkarton“ > S. 6

Treten Sie mit mir in Kontakt:





Mütterrente wird auf Druck von CDU und CSU erhöht

Bundestag beschließt Rentenpaket

Ein guter Tag für die Rentnerinnen und Rentner in Deutschland: Der Bundestag hat am Donnerstag, 8. November, zahlreiche Verbesserungen bei der Altersversorgung beschlossen. So wird auf Initiative von CDU und CSU die Mütterrente zum 1. Januar 2019 erneut erhöht. Mütter und Väter, die für die Erziehung ihrer vor 1992 geborenen Kinder die Berufstätigkeit unterbrochen haben, erhalten bei der Rente weitere sechs Monate Kindererziehungszeit angerechnet. Das heißt, ihnen wird bei ihrer Rente ein halbes Jahr mehr Erziehungszeit angerechnet, insgesamt 2,5 Rentenpunkte.

Vor allem die Frauen-Union hatte sich für diese Verbesserung stark gemacht: „Damit wird eine Gerechtigkeitslücke weiter geschlossen und die Erziehungsleistung der Frauen und Männer, deren Kinder vor dem 1. Januar 1992 geboren wurden, durch eine höhere Rente finanziell gewürdigt“, betont Dr. Anja Weisgerber. Dennoch ist klar: Die Frauen-Union wird sich für eine vollständige Anerkennung der Erziehungsleistungen aller Mütter mit Kindern vor 1992 einsetzen. „Das Thema bleibt für uns auf der Tagesordnung, bis alle Mütter drei Entgeltpunkte erhalten. Denn jedes Kind ist gleich viel wert.“



Auch für künftige Bezieher einer Erwerbsminderungsrente gibt es erhebliche Verbesserungen. Sie werden vom 1. Januar 2019 an so gestellt, als hätten sie bis zur Regelaltersgrenze weitergearbeitet. Damit werden bei der Rentenberechnung noch mehr Versicherungsjahre als bisher zugrunde gelegt, was zu einer spürbaren Steigerung der Bezüge führt.

Außerdem hat der Bundestag eine „doppelte Haltelinie“ beschlossen: Bis 2025 dürfen das Rentenniveau nicht unter 48 Prozent des Durchschnittslohns und der Rentenbeitrag nicht über 20 Prozent steigen. Eine Rentenkommission berät derzeit darüber, wie es nach 2025 mit der Rente weitergeht.

Schließlich werden Geringverdiener mit einem Einkommen von 450 bis 1300 Euro bei den Beiträgen zur Sozialversicherung entlastet, ohne dass dies zu Einbußen bei der Rente führt. Die Union möchte diese Regelung künftig auch auf Selbständige übertragen.

→ [Einen Erklärfilm zur Mütterrente gibt es hier, auf der Internetseite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Darin wird erläutert, was die sogenannte Mütterrente ist und was sich durch den Rentenpakt ändern wird.](#)



Bundestag beschließt Familienentlastungsgesetz

Rekordentlastungen für Familien

Mit einem milliardenschweren Paket sollen Familien in Deutschland ab nächstem Jahr finanziell deutlich entlastet werden. Am Donnerstag fand im Plenum des Bundestags die erste Lesung zum Familienentlastungsgesetz statt.

Starke Familien sind Zentrum und Ziel der Politik der CSU im Bundestag. Denn ohne starke Familien gibt es keine starke Gesellschaft. Entlastungen für Familien gehören daher nicht auf die lange Bank, sondern ganz nach oben auf die Agenda. Deshalb hat die CSU im Bundestag bereits in den Koalitionsverhandlungen eine deutliche Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrags durchgesetzt. Das nun von der Bundesregierung vorgelegte Familienentlastungsgesetz trägt daher eine klare christsoziale Handschrift. Der aktuelle Gesetzentwurf soll die Steuerbelastung für Familien in den Jahren 2019 und 2020 um insgesamt 9,8 Milliarden Euro senken. Das ist ein echter Meilenstein. Zu den einzelnen Maßnahmen gehört unter anderem eine Erhöhung des Kindergeldes um zehn Euro monatlich ab Juli nächsten Jahres. Zum 1. Januar 2021 erfolgt eine weitere Erhöhung um insgesamt 15 Euro.

Außerdem werden die steuerlichen Kinderfreibeträge ab 1. Januar 2019 von derzeit 7.428 Euro um 192 Euro auf 7.620 Euro angehoben. 2020 steigt der Kinderfreibetrag dann um weitere 192 Euro auf dann 7.812 Euro. Zur Sicherstellung der Freistellung des steuerlichen Existenzminimums wird der Grundfreibetrag ebenfalls erhöht. 2019 erfolgt eine erste Erhöhung um 168 Euro, 2020 um weitere 240 Euro. Die CSU im Bundestag geht auch die kalte Progression an. Um diese auszugleichen, werden künftig die Eckwerte des Einkommenstarifs verschoben, wodurch es zu einer Entlastung der Steuerzahler kommt.

Dr. Anja Weisgerber zeigt sich sehr zufrieden mit dem Erreichten und stellte fest, dass diese Legislaturperiode gut für Kinder und Familien werde. „Mit dem Familienentlastungsgesetz löst die CSU im Bundestag ihr zentrales Wahlversprechen ein, Familien zu stärken und zu entlasten“, so Weisgerber.





Bundestag debattiert über gleichwertige Lebensverhältnisse

Ländliche Regionen im „Rampenlicht“

Deutschland zeichnet sich durch kulturelle und regionale Vielfalt aus. Doch nicht überall ist das Leben gleichermaßen attraktiv. Auf dem Land fehlt es oft an öffentlichem Nahverkehr, an Arztpraxen oder an Mobilfunknetzen. Der Bundestag debattierte am Mittwoch über gleichwertige Lebensverhältnisse. Diese herzustellen sei eine Herausforderung für Bund, Länder und Kommunen, sagte Bundesinnenminister Horst Seehofer. Dafür brauche es einen langen Atem. Der CSU-Politiker will die Bundesregierung verpflichten, bei all ihren Entscheidungen die Konsequenzen für ohnehin schon benachteiligte Regionen in Deutschland zu berücksichtigen. Es solle „zum Pflichtenheft der Politik in der Zukunft gehören“, die Auswirkungen von Gesetzen auf ländliche Gegenden zu prüfen. Das bedeute aber nicht „Gleichmacherei“ oder „identische Lebensverhältnisse“. Die ländlichen Räume dürften allerdings nicht weiter ausbluten.

Seehofer sprach sich auch gegen „Dirigismus“ aus. Im September hat unter seiner Federführung eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ ihre Arbeit aufgenommen, in der neben Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) und Familienministerin Franziska Giffey (SPD) auch die Länder und die Kommunen vertreten sind. Die Kommission soll im Juli kommenden Jahres ihre Vorschläge unterbreiten.

Die stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Gitta Connemann erinnerte daran, dass es die Union war, die für diese Kommission gekämpft und sie im Koalitionsvertrag verankert habe. „Das Land gehört ins Rampenlicht“, sagte sie. Dort gebe es Zukunftsräume und Kraftzentren. Die CDU-Politikerin warnte auch davor, alle ländlichen Regionen über einen Kamm zu scheren. Manche hätten eine hohe Wirtschaftskraft und litten unter Fachkräftemangel, andere hingegen wiesen hohe Arbeitslosenzahlen auf. In struktureller Hinsicht fehle es aber oft an öffentlichem Personennahverkehr, an ausreichender Gesundheitsversorgung und an Breitbandnetzen.



Vor Neid-Debatten warnte Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner. Es gehe nicht darum, einen Gegensatz zwischen Stadt und Land zu konstruieren. Schließlich gebe es auch abgehangte Ballungsräume. Deshalb brauche man keine Gießkannenpolitik, sondern müsse sich die Probleme im Einzelfall anschauen. Auch Klöckner sieht in der Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse eine Daueraufgabe.

→ [Die Rede von Bundesinnenminister Horst Seehofer aus der Bundestagsdebatte können Sie hier nachlesen.](#)



Städtebauförderung für lebendige und attraktive Städte und Gemeinden 4,46 Mio. Euro für den Wahlkreis

Die Städtebauförderung, die durch die Mittel des Bundes mitfinanziert wird, hat in den letzten Jahren viel zur positiven Entwicklung und zur Bewahrung unserer Heimatregion beigetragen. Auch das örtliche Baugewerbe und das Handwerk profitieren von den Investitionen vor Ort. In diesem Jahr stellt der Bund erneut fast eine Milliarde Euro für die städtebauliche Entwicklung zur Verfügung, womit die Förderung auf Rekordniveau fortgesetzt wird.

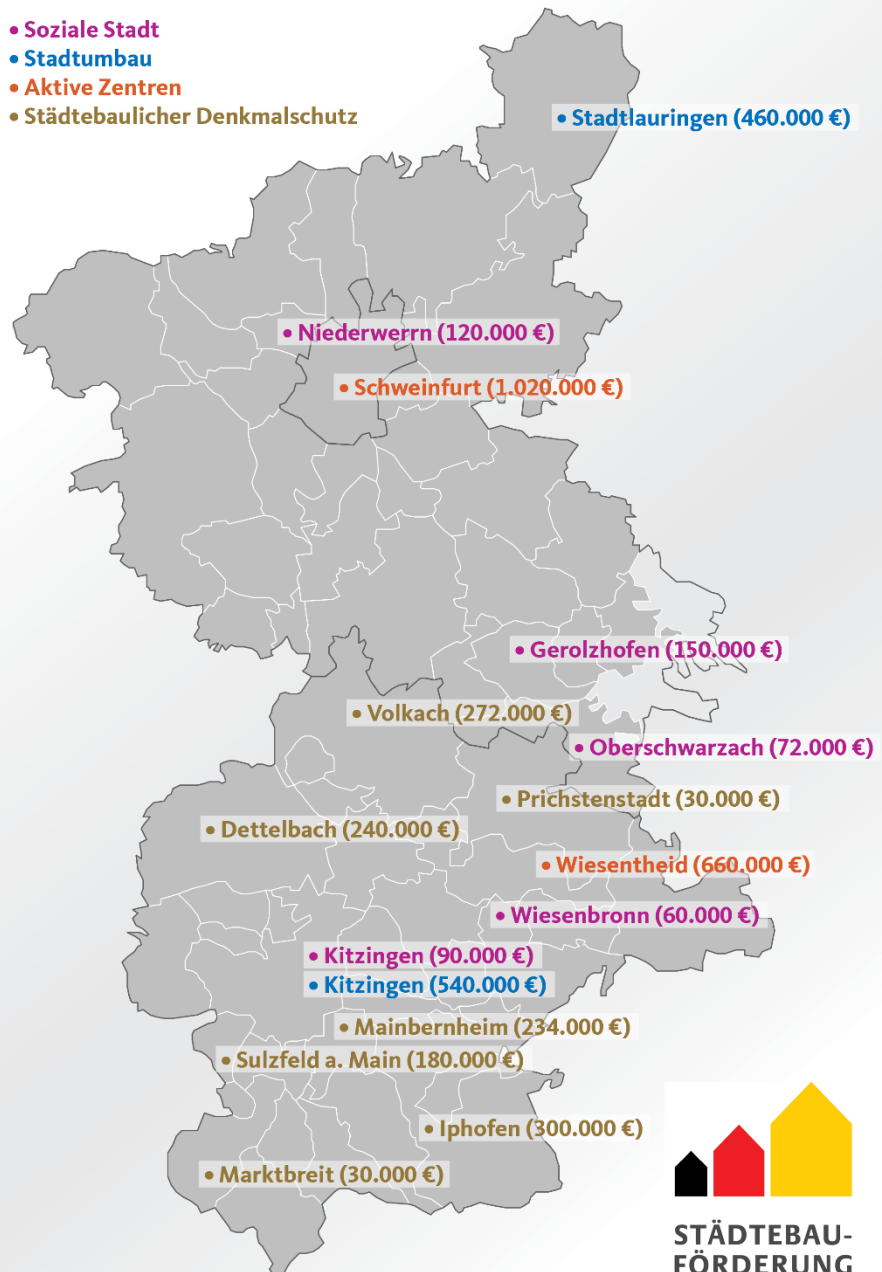
Umso mehr freut sich Dr. Anja Weisgerber, dass wieder viele Städte, Dörfer und Gemeinden im Wahlkreis Schweinfurt-Kitzingen aus den unterschiedlichen Programmen profitieren. Insgesamt fließen in diesem Jahr 4,46 Mio. Euro aus den Bund-Länder-Programmen in den Wahlkreis. Dafür wird sich die Abgeordnete auch zukünftig einsetzen.

Darüber hinaus gibt es innerhalb der Städtebauförderung noch Bayerische Programme sowie die Dorferneuerung, von der auch viele kleine Kommunen profitieren, die in der Grafik nicht aufgeführt sind.



Städtebauförderung 2018 im Wahlkreis Schweinfurt-Kitzingen

- Soziale Stadt
- Stadtbau
- Aktive Zentren
- Städtebaulicher Denkmalschutz



Dr. Anja Weisgerber
Mitglied des Deutschen Bundestages



STÄDTEBAU-
FÖRDERUNG

von Bund, Ländern und
Gemeinden



Hoffnung schenken mit „Weihnachten im Schuhkarton“ Geschenkeaktion zum 20. Mal in der Region

Bis zum 15. November 2018 besteht die Möglichkeit, sich an der Geschenkeaktion „Weihnachten im Schuhkarton“ zu beteiligen. In diesem Jahr feiert die Aktion in der Region Schweinfurt, die wie gewohnt von Wolfgang und Kornelia Schnepf aus Egenhausen organisiert wird, 20-jähriges Jubiläum.

„Auch im Jubiläumsjahr unterstütze ich die Aktion ‚Weihnachten im Schuhkarton‘ als Schirmherrin

und würde ich mich freuen, wenn sich wieder viele Bürgerinnen und Bürger an der Aktion beteiligen. Mit einem kleinen Beitrag kann man eine große Wirkung erzielen“, erklärt die CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Anja Weisgerber. „Jeder einzelne Schuhkarton bedeutet: Du bist nicht vergessen. Unabhängig von sozialem und kulturellem Hintergrund erhalten die Kinder die Geschenke und erfahren dadurch, dass es Menschen gibt, die an sie denken und sich ihnen verbunden fühlen.“

Die Geschenke, die zum Beispiel Kleidung, Süßigkeiten, Spielsache, Kuscheltiere, Schulsachen und Hygieneartikel beinhalten können, sollten in einen mit Geschenkpapier beklebten Schuhkarton gepackt werden – wobei Boden und Deckel separat beklebt werden sollten. Weiterhin sollte auf dem Karton angegeben werden, ob das Geschenk für einen Jungen oder Mädchen ist und für welche Altersgruppe es gedacht ist. Die gepackten Schuhkartons können dann an einer der zahlreichen Annahmestellen in Stadt und Landkreis Schweinfurt abgegeben werden. Zur Deckung der Transportkosten ist es notwendig, eine kleine Spende von 8 Euro beizufügen.

Annahmestellen in Stadt und Landkreis Schweinfurt:

Wolfgang und Kornelia Schnepf, Am Alten Brunnen 9, Egenhausen – Bürgerservice, Rathaus, Schweinfurt – Stadtgalerie, Kundeninformation, Schweinfurt – Schuh Mücke, Am Oberen Marienbach 1, Schweinfurt – Radio Primaton, Carl-Zeiss-Str. 10, Schweinfurt – Radiologische Praxen, Friedenstr. 14 und Gustav-Adolf-Str. 10, Schweinfurt – Küchenstudio Max Inzinger, Handwerkerstr. 9, Sennfeld – Foto-Design Weissenberger, Schönborn Str. 13, Werneck – Stephan u. Simone Schäflein, Stettbach – Dieter Monz, Poppenhausen

Weitere Informationen zum Packen der Geschenkkartons und ein Verzeichnis der Annahmestellen findet man unter → www.weihnachten-im-schuhkarton.org.





Manfred Weber ist Spitzenkandidat für Europa

Herzlichen Glückwunsch an meinen Freund Manfred Weber, der am 8. November in Helsinki zum Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei für die Europawahl 2019 gewählt wurde. Ich freue mich sehr für Manfred. Bereits in der Jungen Union haben wir zusammen gearbeitet und wurden beide 2004 in das Europäische Parlament gewählt, unsere erste Sitzung in Straßburg haben wir zusammen verbracht. Er ist der richtige Mann für die Zukunft Europas. Die Spitzenkandidatur stärkt auch uns in der CSU!



Umweltausschuss zu Besuch in Marokko

Im Rahmen einer Delegationsreise des Umweltausschusses des Bundestages nach Marokko war der Besuch des Solarkparks Ouarzazate sehr beeindruckend. Er ist mit 3000 Hektar aktuell eines der größten Solarkraftwerke weltweit. Durch die fortschrittliche Speichertechnik ist es auch nach Sonnenuntergang möglich drei Stunden Energie weiter zu produzieren. Wenn die gesamte Anlage fertiggestellt ist, können in Marokko dadurch 800.000 Tonnen CO₂-Äquivalent vermieden werden. Auch Deutschland unterstützt dieses Projekt.



Haben Sie Fragen oder Anregungen?
Ich freue mich über Ihren Brief, Ihre E-Mail oder Ihren Anruf!

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
D-11011 Berlin
Tel.: 030 227-79344
Fax: 030 227-76343
E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Schweinfurt-Kitzingen
Karl-Götz-Str. 17
D-97424 Schweinfurt
Tel: 09723 934370
Fax: 09723 934385
E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

→ Klicken Sie auf die Symbole, und Sie gelangen zu meinen Profilen auf den sozialen Medien.

